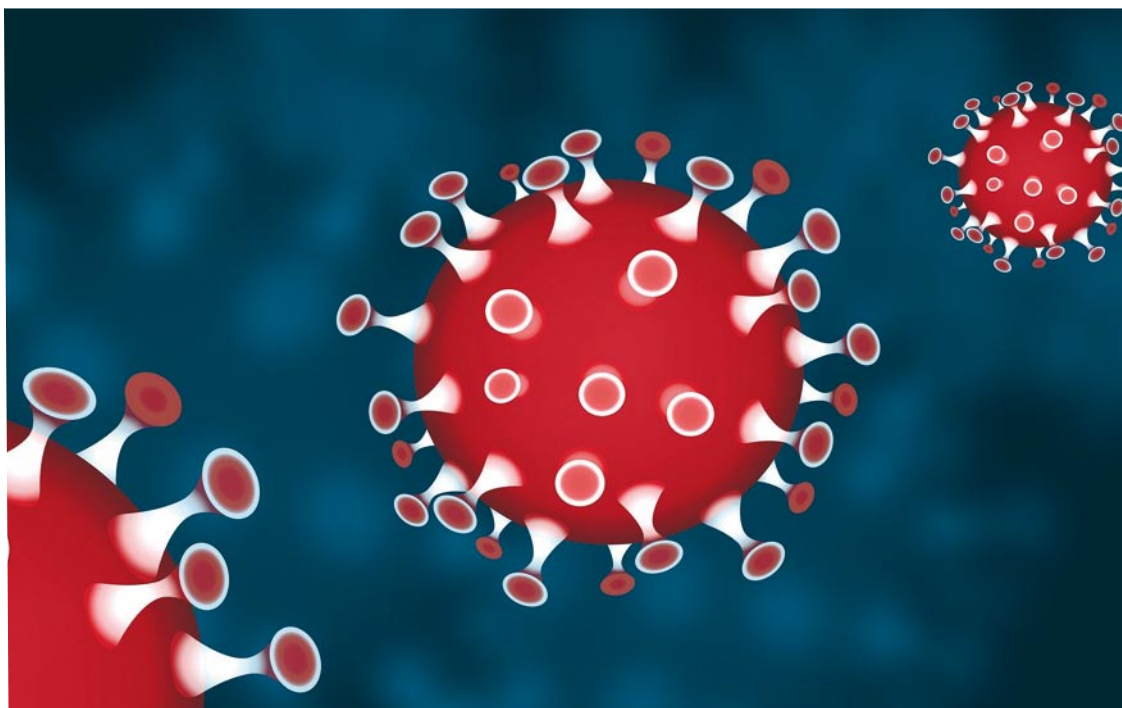


Pharmaindustrie enteignen - Wir wollen Gesundheit statt Profite!

Schluss mit dem Albtraum Kapitalismus: Wirtschaft demokratisch planen!

Bildrechte: gemeinfreie Grafik



- **Demokratische Kontrolle über Schutzmaßnahmen und Lockerungen durch die Beschäftigten in den Betrieben, die Gesellschaft, Wissenschaftler/innen und Gewerkschaften - Menschen schützen, nicht Profite!**
- **Keine Einsparungen bei der Gesundheit – für ein Investitionspaket im Gesundheitssektor!**
- **Gesundheit raus aus privater Hand! Keine Profite mit dem Coronavirus!**
- **Sichere Impfstoffe und Medikamente weltweit allen kostenlos zur Verfügung stellen!**
- **Dazu Pharmaindustrie und Produktion medizinischer Produkte enteignen und in öffentliches Eigentum überführen - Produktion und Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten international koordinieren und planen!**
- **Recht auf Verweigerung der Arbeit in riskanten Situationen!**
- **Kündigungsschutz und volle Entgeltfortzahlung bei coronabedingter Freistellung von Risikogruppen und Eltern mit Betreuungspflichten!**
- **Home Office Regelungen dürfen nicht zu Lasten von Arbeitnehmer/innen gehen!**

Sozialistische Offensive

Corona zeigt Notwendigkeit demokratischer Planung gemäß der Bedürfnisse der Menschen!

Wenn der Kapitalismus mit einem Virus wie Corona nicht fertig wird – dann können wir uns den Kapitalismus nicht leisten!

Die Coronapandemie ist eine bisher in der Nachkriegszeit nie dagewesene Situation. Der Virus hat die Zerbrechlichkeit und den profitorientierten Charakter des Kapitalismus offen gelegt und alle schon vorhandenen Widersprüche verschärft. Bereits im Sommer sind mit der Lockerung der Maßnahmen die Zahlen wieder gestiegen, im Herbst und im Winter werden diesen Trend wahrscheinlich verstärken. Die Situation ist sehr instabil und kann sich jederzeit rasch ändern. Regierung und Unternehmen werden alles tun um einen erneuten Lockdown zu verhindern. Aber der Maßstab den sie dabei legen sind dabei die Interessen der Kapitalist/innen - nicht jene der Bevölkerung.

Unmut wächst

Je länger die Pandemie andauert, desto mehr wächst der Unmut über die Regierung und das Hinterfragen ihrer Maßnahmen - der sich auch im Anwachsen der Coronaproteste und Zulauf für die Coronaleugner äußert. Dieser Unmut, die Angst um demokratische Rechte und die Skepsis gegenüber der Pharmaindustrie werden von der extremen Rechten bewusst in eine ihr genehme Richtung gelenkt. Auch die Sehnsucht der Menschen nach Normalität wächst, der berechtigte Wunsch der Jugend, endlich wieder feiern zu können. Gleichzeitig haben viele Menschen zu Recht Angst an Corona zu erkranken - auch im Winter kann es Proteste für mehr Sicherheit im Betrieb oder in der Schule geben.

Winter 2020/2021

Herausforderung im Herbst und Winter wird es weiterhin sein, zu garantieren, dass das Gesundheitssystem funktioniert und Menschen die Behandlung erhalten die sie bekommen und gleichzeitig die Menschen geschützt werden. Die Regierung hatte im Sommer Zeit sich vorzubereiten und Masken, Desinfektionsmittel, Schutzausrüstung etc zu organisieren und Testkapazitäten für kostenlose Tests auszubauen. Für die Schulen fehlt ein sicheres Konzept, auch wenn der Sonderurlaub für Eltern verlängert wurde. Es ist nach wie vor in Diskussion ob After-Ski Parties stattfinden können - anstatt hier die Sicherheit vor die Profite zu stellen. Gleichzeitig wird eventueller zweiter Lockdown erneut massive Probleme für die bereits am Boden liegende Wirtschaft bedeuten, besonders für den Tourismus und die kleinen Selbständigen im Kulturbetrieb. Die Regierung hat Unsummen in Rettungspakete gesteckt, diese kommen aber Betrieben wie Swarovski zugute die gleichzeitig Mitarbeiter/innen abbauen - und kommen oft nicht bei den kleinen Selbständigen an.

Pharmaindustrie enteignen

Die Pandemie wird erst im Griff sein, wenn es einen sicheren, wirksamen und gut verträglichen Wirkstoff gibt, der global für alle Menschen kostenlos zugänglich ist. Im Moment sind über 150 Impfstoffe in Entwicklung, von verschiedensten Pharmafirmen die mit den verschiedenen kapitalistischen Regierungen zusammenarbeiten und von diesen finan-

ziert werden. Die Profite für einen eventuellen Impfstoff gehen dann aber an die privaten Konzerne. Was nötig ist, ist dass die privaten Pharmakonzerne enteignet werden und in öffentliches Eigentum überführt werden, und zwar so, dass eine internationale Koordinierung und Planung der Entwicklung von Impfstoffen möglich ist und der sicherste, wirksamste und verträglichste ausgewählt und produziert wird und dann eine Verteilung an alle organisiert werden kann. Im Kapitalismus ist dies nur sehr beschränkt möglich und es wird zu allerlei Komplikationen dabei kommen.

Sozialistische Antworten

Die Coronakrise ist eine Systemkrise. Nicht nur, weil sie die – ohnehin kriselnde – Weltwirtschaft gerade in den Abgrund reißt, sondern schon weil die Verbreitung solcher Pandemien ihre tiefere Ursache in der Profitmaximierung des Kapitalismus hat. Solange private Konzerne das Sagen haben, wird sich das nicht ändern. Nur wenn der kapitalistische Konkurrenzkampf durch demokratische Planung und Kooperation einer sozialistischen Gesellschaft ersetzt wird, nur wenn statt einiger weniger Privateigentümer/innen und Großaktionär/innen, die arbeitende Bevölkerung selbst über Produktion, Forschung etc. entscheiden kann, werden diese Gefahren für die Menschen eliminiert werden können. Deshalb muss der Kampf gegen die Corona-Krise mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Demokratie verbunden werden.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialist-world.net) . Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Unterdrückung, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird.

Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion oder dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der Arbeiter/innenklasse erkämpft werden.

Aktuelle Artikel zu internationalen Entwicklungen und Fragen:
www.sozialistischeoffensive.home.blog
www.socialistworld.net

USA: Mit Biden Trump verhindern?

In den USA und international steigt die Ablehnung vor, an der Wahl Trumps schuld zu sein. Biden kann Trump und der Politik für die er steht aber nicht die Basis entziehen. Daher kann nicht ausgeschlossen sein, dass Trump mit seiner populistischen Kampagne „gegen die Elite“ gewinnt.

Wir verstehen den Wunsch, Trump loszuwerden. Jedoch stehen Biden und die Demokraten nicht für politische Veränderung, viel mehr sind sie ein Eckpfeiler des Status Quo. Die Demokraten sind eine vollständig prokapitalistische Partei, die die Interessen der Konzerne vertritt. In den USA hat es nie Massenparteien der Arbeiter/innenklasse gegeben. Eine solche Arbeiter/innenpartei ist aber notwendig um grundlegende Veränderung zu bewirken. Die Demokraten werden von Konzernen finanziert, Biden spricht sich sogar gegen die Forderung der Sanders-Kampagne nach Medicare für alle aus. Das demokratische und liberale Establishment macht enormen Druck, als kleineres Übel für Biden zu stimmen, um Trump los-

„LINKS Wien“: Wien Wahl genutzt?

„LINKS“ ist eine Chance, Schritte in Richtung einer neuen Arbeiter/innenpartei zu setzen. Wir schlagen folgende Punkte für den Aufbau einer Bewegung dafür vor:

-Eine neue Kraft muss Teil von Kämpfen sein bzw. sie initiieren. Sie muss ein Programm entwickeln das Antworten gibt auf die Auswirkungen der Krise wie Betriebsschließungen, Kürzungen und Personalabbau und zwar über Wien hinaus. Links hätte z.B. den Kampf der Beschäftigten von ATB in Spielberg aufgreifen und mit der Forderung nach Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten verbinden können.

-Sie muss gegen jede Form der Kürzungspolitik stehen und für konkrete Verbesserungen im Leben von Arbeitnehmer/innen mobilisieren - in den Betrieben und Nachbarschaften

-Sie muss gegen Angriffe durch Schwarzgrün mobilisieren und darf sich nicht auf Lokalpolitik beschränken.

-LINKS muss Druck auf die ÖGB-Führung ausüben, damit diese die vereinzelt Kämpfe zu einem **branchenübergreifenden Streiktag** zusammenführt und für eine **bundesweite Demonstration gegen die Krise als ersten Schritt** mobilisiert.

-Sie muss Gewerkschaftsaktivist/innen miteinschließen bzw. könnte einen wichtigen Beitrag für den Aufbau einer Gewerkschaftsopposition leisten, indem sie Aktivist/innen zusammenbringt - für die Umwandlung der Gewerkschaften in demokratische und kämpferische Organe

zuwerden. Sie werfen unabhängigen Kandidat/innen vor, an der Wahl Trumps schuld zu sein. Biden kann Trump und der Politik für die er steht aber nicht die Basis entziehen. Daher kann nicht ausgeschlossen sein, dass Trump mit seiner populistischen Kampagne „gegen die Elite“ gewinnt.

Die Independent Socialist Group (ISG, Unterstützer/innen des CWI in den USA) unterstützt daher die Howie-Hawkins-Kampagne, da sie die Dringlichkeit eine Arbeiterpartei aufzubauen in ihrem Programm betonen sowie für eine sozialistische Wirtschaftsweise eintreten. Sie kann ein Schritt in Richtung einer zukünftigen Arbeiter/innenpartei sein. 2020 war und ist ein Jahr enormer sozialer und politischer Polarisierung und politischer Turbulenzen in den USA – mit den Auswirkungen der Coronapandemie, der wirtschaftlichen Krise und dem Aufstand gegen strukturellen Rassismus mit BlackLivesMatter. Diese Veränderungen in Verbindung mit beharrlich wachsender Unterstützung für sozialistische Ideen zeigen, dass es große Möglichkeiten für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung gibt. Eine eigene Partei der Arbeiter/innenklasse könnte dem einen organisierten Ausdruck geben – und die Basis dafür legen, dass der Kapitalismus in den USA überwunden werden könnte, wenn sie ein sozialistisches Programm annimmt.

-Sie muss über ein reines Bündnis hinausgehen – d.h. es braucht demokratische Strukturen, wo man mitmachen und sich beteiligen kann, für Einzelpersonen wie auch organisierte Kräfte

-Sie muss versuchen Jugendliche, die in **Bewegungen gegen den Klimawandel, gegen Sexismus und gegen Rassismus** auf die Straße gegangen sind, einzubinden - um eine breite Bewegung für sozialistische Gesellschaftsveränderung aufzubauen.

-Sie muss Raum geben für inhaltliche Debatten darüber, **welches Programm nötig ist**

„Sozialistische Offensive“ würde sich an solchen Projekten beteiligen, aber wir würden für ein sozialistisches Programm argumentieren. Wir würden das nicht als Ultimatum stellen hinsichtlich unserer Teilnahme. Wir würden aber argumentieren, dass nur mit einem sozialistischen Programm konsequent Widerstand gegen die Symptome der Krise geleistet und dauerhafte Verbesserungen für Arbeitnehmer/innen erreicht werden können. Das Beispiel Syriza zeigt, dass ohne ein sozialistisches Programm, das bereit ist mit dem Kapitalismus zu brechen, eine Regierung klein beigegeben wird. Forderungen nach ernsthaften Verbesserungen lassen sich nur umsetzen, wenn weite Teile der Wirtschaft in Gemeinbesitz übernommen werden und nach den Bedürfnissen der Menschen geplant werden, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

Weitere Artikel zu LINKS auf:
www.sozialistischeoffensive.home.blog

Wiener Wahlen: „Rotes Wien“ reloaded?

Rotes Revival unter Ludwig?

Die SPÖ liegt aktuell in den Umfragen bei 39% - wesentlich besser als noch vor einem Jahr. Damals hat sie zur Zeit des Ibiza-Skandals - statt von der Schwäche der FPÖ zu profitieren - in bundesweiten Umfragen auf knapp über 20% verloren. In der Zwischenzeit sind die Grünen in der Regierung und haben in sie gesetzte Hoffnungen auf eine Klimawende enttäuscht - in Wien kommt das der SPÖ zugute. Aber auch die Coronakrise gibt der SPÖ die Möglichkeit sich so darzustellen, dass Wien sie besser managt. Die SPÖ versucht die vorhandene Stimmung und Radikalisierung aufzufangen - mit Anrufen an die Vergangenheit des roten Wiens (Ludwigs Facebook-Posting von Plakaten aus den 1920ern) und einer Plakatkampagne die „Unterstützer/innen“ zeigt, die als der Arbeiter/innenklasse zugehörig erkennbar sind. Dennoch ist die SPÖ heute weit vom „Roten Wien“ der 20er Jahre entfernt.

Weit entfernt von den 20er Jahren

Ludwig hat noch vor wenigen Jahren erklärt, dass der Gemeindebau nicht mehr zeitgemäß und wirtschaftlich sei, nachdem deren Errichtung unter Häupl eingestellt wurde. Erst mit den steigenden Immobilienpreisen nach 2010 wurde wieder gebaut. Noch vor Corona wollte die SPÖ ein Nulldefizit - das einen Sparkurs bedeutet hätte - und das erst aufgrund von Corona verworfen. Die Grünen, die aufgrund der Enttäuschung ihrer Wähler/innen über ihre Rolle in der Bundesregierung unter Druck stehen, greifen nun die Forderung der SPÖ nach einer Arbeitszeitverkürzung auf - was zeigt, dass die SPÖ diese Forderung nie konsequent und ernst gemeint hat. Denn die SPÖ Forderung nach der 4-Tage-Woche ist nicht eine nach Verkürzung bei vollem Lohn und bedeutet somit einen Lohnverlust. Dass die Grünen die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn aufstellen, ist ein Ausdruck der Stimmung - und der Tatsache dass mit „LINKS“ ein Bündnis links von SPÖ und Grünen antritt.

Licht und Schatten bei LINKS

LINKS hat leider Schwächen - beginnend dabei, dass sie ein Mittelschichtsklientel ansprechen, sich auf Wien und Grätzelpolitik beschränken. Es ist nicht klar, was sie anders machen würden als SPÖ und Grüne, wenn sie an der Stadtregierung wären. Auf einem ihrer Plakate steht „Häupl würde LINKS wählen“. Häupl war 14 Jahre Bürgermeister, sein Kurs unterschied sich nicht wirklich von jenem Ludwigs. Gleichzeitig fordert LINKS Mindestlohn, Grátisöffis, Arbeitszeitverkürzung etc. und zwingen damit Rotgrün links zu blinken. In einer Diskussion auf Puls4 hat eine Vertreterin von „Enteignung der Reichen 1%“ gesprochen. Auch wenn das vage ist, drückt das aus, dass Links auf eine Radikalisierung der Stimmung reagieren kann. Wenn LINKS Betriebsschließungen und Personalabbau mit Forderungen nach Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten kontern und Kämpfe organisieren würde, könnte das die öffentliche Debatte stark verändern.

Personalabbau, Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit: Gewerkschaft muss kämpfen!

Alles ist anders. Wir stehen vor der größten wirtschaftlichen Krise seit Ende des zweiten Weltkrieges. Diese Krise wurde zwar durch die Corona-Pandemie verschärft, ihre Ursache liegt aber in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Schon im letzten Jahr hatte sich eine weltweite Rezession abgezeichnet. Es ist abzusehen, dass diese Krise tiefer ist als die letzte Krise 2008.

Arbeitslosigkeit und Kürzungen

Es ist wahrscheinlich, dass viele Entlassungen bevorstehen und die Arbeitslosenzahlen trotz einer leichten Entspannung wieder steigen werden. Die Coronakrise wird bereits von vielen Betrieben für Personalabbau genutzt (z.B. Swarovski, voestalpine, Mediamarkt). Wenn Hilfen im Herbst auslaufen kann es zu Betriebsschließungen kommen, besonders wenn eine zweite Corona-Welle kommt. Die Regierung wird sich früher oder später das Geld für die Rettungspakete von den Beschäftigten zurückholen. Im Gesundheitsbereich sind zwar im Moment Einschnitte unpopulär, die Gesundheitskasse hat aber aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und fehlender Beiträge weniger Mittel zur Verfügung. In der Debatte um das Arbeitslosengeld besteht die Gefahr dass es bei länger dauernder Arbeitslosigkeit mit der Zeit auf einen geringeren Prozentsatz abgesenkt wird. Während Milliarden in die Wirtschaft gepumpt werden, bleibt es für die Masse der Beschäftigten bei leeren Worten. Das zeigt, wer aus Sicht der Regierung für diese Krise zahlen soll: Während Unternehmen massive Unterstützung bekommen, wird bei den Beschäftigten der Rotstift angesetzt.

Gewerkschaftliche Gegenwehr

In dieser Situation ist gewerkschaftliche Gegenwehr so wichtig wie nie zuvor. Leider sehen wir weiterhin eine völlig falsche Ausrichtung durch die Gewerkschaftsführung. Hier muss es einen radikalen Wandel geben. Es gibt Anzeichen dass es Bereitschaft zu Widerstand gegen Betriebsschließungen und Jobabbau gibt, besonders bei Betrieben in Regionen die von einem Arbeitgeber abhängen - bei ATB Spielberg z.B. gab es eine Demonstration und eine Streikfreigabe, der Betriebsrat sprach sogar von Besetzung des Betriebes gegen Abtransport der Maschinen. Aber auch bei jenen, deren Jobs gesichert scheinen, gibt es Anzeichen für Offensivkämpfe: Beim AMS gab es eine Streikdrohung für mehr Personal und für eine Coronaprämie.

Verzicht ist keine Lösung

Der jahrelange Verzicht hat nicht zu mehr Arbeitsplatzsicherheit geführt. Auch der Vorschlag der SPÖ und der Gewerkschaftsführung für ein „90 für 80“ Modell ist in Wahrheit Lohnverzicht - nötig wäre eine konsequente Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Im Sozial-KV wurde zwar eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn beschlossen (von 38 auf 37 Stunden), aber durch den 3-Jahresabschluss nimmt man sich gerade in diesen systemrelevanten Berufen die Chance durch Mobilisierungen in den nächsten beiden Jahren weitergehende Forderungen zu erkämpfen.

Sozialpartnerschaft führt zu Kürzungen

Die Gewerkschaften müssen jetzt breit informieren und diskutieren wie gegen die Personalabbau, Betriebsschließungen und Kürzungen mobilisiert werden kann. Dabei müssen die Interessen der Kolleg/innen maßgeblich sein und nicht die der Konzerne. Das lässt sich nur erreichen, wenn die Politik der Sozialpartnerschaft beendet wird. Sozialpartnerschaft bedeutet die Logik des Kapitalismus zu akzeptieren. Mit dieser müssen wir brechen. Innerhalb des Kapitalismus ist es nicht möglich, einen Ausweg aus dieser Krise zu finden. Wenn Produkte nicht mehr auf dem Weltmarkt verkauft werden können, ist die logische Folge im Kapitalismus, dass weniger produziert wird - um möglichst profitabel zu sein und nicht von der Konkurrenz aufgefressen zu werden - und das bedeutet Abbau von Stellen bis hin zu Entlassungen und Betriebsschließungen.

Eigentumsfrage

Daher ist es nötig, die Eigentumsfrage zu stellen, um Arbeitsplätze zu erhalten. Es reicht nicht aus, Betriebe vorübergehend zu verstaatlichen, um sie dann wieder zu privatisieren, wenn die Krise vorüber ist. Sozialisierung von Verlusten und Privatisierung von Gewinnen ist abzulehnen. Stattdessen muss die Forderung von Überführung der Schlüsselunternehmen in Gemeineigentum wieder in die Zielsetzungen der Gewerkschaften übergehen. Denn nur auf der Grundlage von Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist es möglich eine Produktion zu entwickeln, die orientiert ist am Bedarf, demokratisch geplant und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung, ausgerichtet auf das Wohl von Mensch und Umwelt. Dadurch ist es möglich, aus der

Falle der Mitgestaltung von Sparpolitik heraus zu kommen. Die Aufgabe der Gewerkschaften muss sein, die Lebensgrundlage der Beschäftigten mit allen Mitteln zu verteidigen.

Streiks und Betriebsbesetzungen

Es braucht ein Konzept für die Verteidigung der Arbeitsplätze, inklusive der Forderung nach Enteignung der Bosse, Überführung in Gemeineigentum und gegebenenfalls Konversion der Produktion unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaften und Gesellschaft. Dafür müssen die Gewerkschaften mobilisieren, für Streiks und für die Besetzung von Betriebstoren oder Werkhallen, um den Abtransport von Maschinen und Produktionsanlagen zu verhindern. Wenn ein Betrieb geschlossen werden soll, ist die Mobilisierung von Solidarität aus anderen Betrieben und Branchen nötig. Es sollten Solidaritätskomitees geschaffen werden, damit die Kolleg/innen sehen, dass sie nicht allein sind. Eine bundesweite Demonstration der Gewerkschaften sollte als erster Schritt schon jetzt im Herbst geplant werden - unter Wahrung der Sicherheit der Demonstrierenden, mit Abstand und Maske. Das gemeinsame Motto sollte lauten: Wir zahlen nicht für diese Krise. Dafür braucht es einen Kurswechsel in den Gewerkschaften. Es ist nötig sich zu einer Opposition in den Gewerkschaften zusammenzuschließen - mit folgenden Forderungen:

-Lebensstandards verteidigen!

-Wir zahlen nicht für diese Krise - die Reichen sollen zahlen!

-Nein zu Personalabbau und Betriebsschließungen - Kampf um jeden Arbeitsplatz!

-Nein zu Lohnverzicht!

-Verteilung der Arbeit auf alle statt Massenarbeitslosigkeit: 30h-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

-Milliarden für Gesundheit, Bildung, Soziales statt für die Kapitalist/innen!

-Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft, Entschädigung nur für Kleinaktionäre!

-Eine demokratisch nach den Bedürfnissen der Beschäftigten und der Gesellschaft geplante Wirtschaft, Umstellung der Produktion durch diese!

-Bruch mit dem Kapitalismus und eine sozialistische Gesellschaft damit die Arbeiter/innenklasse für diese Krise nicht bezahlen muss!

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!